

13 Anträge (schriftlich)

13.1 Küche Graz – Soziale Ausspeisung im Rahmen des Neubaus (Dr. Peter Piffli-Percevic, ÖVP)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Küche Graz, vormals auch Zentralküche genannt, ist eine wichtige und nicht mehr wegzudenkende Stütze für die Stadt Graz vor allem im Bereich der sozialen

Aufgabenerfüllung, die tagtäglich für gut 150 Einrichtungen über 8.000 gesunde und vielfältige Mahlzeiten zubereitet und liefert. Dazu zählen viele Grazer Kinderkrippen,

Kindergärten, Schulen oder Horte, sowie eben soziale Einrichtungen. Das Team der Küche Graz arbeitete gemeinsam mit Styria vitalis an der „Herausforderung

Gemeinschaftsverpflegung“ und an der Optimierung der Mittagsverpflegung.

In diesem Zusammenhang wurden u.a. Adaptionen im Speiseplan vorgenommen, um noch mehr Vielfalt und Regionalität bei den Speisen bieten zu können, es wurden neue

Rezepturen und Zutaten erprobt und nachhaltig verankert. Die inhaltliche und qualitative Optimierung wurde in den letzten Jahren unter Stadtrat Kurt Hohensinner

massiv ausgebaut und vorangetrieben. Denn gesunde Ernährung für unsere Kinder ist der Grundstein für ein weiteres gesundes und aktives Leben. Neben einer

Familienbefragung zum Thema „Essen an Schulen“, welche im Frühjahr 2022

stattgefunden hat, gab es über das Schuljahr 2020/21 auch ein Projekt mit Ecoversum und der Abteilung für Bildung und Integration, zum Thema „Reduktion von

Lebensmittelabfällen an Grazer Volksschulen“.

Das Projekt umfasste 35 Grazer Volksschulen. Das Ziel war, Möglichkeiten und

Kooperationen zu gemeinnützigen Vereinen zu suchen, die übriggebliebenen

Lebensmittel und Speisen verwerten können. Durch die Weitergabe an

übriggebliebenen Mahlzeiten sollten

- Lebensmittel sinnvoll genutzt,
- Ressourcen geschont,
- Kosten gespart und

- Abfälle vermieden werden.

Durch diverse Kooperationen an den einzelnen Schulstandorten wie zum Beispiel mit der Caritas „Miteinander in Andritz, dem Roten Kreuz, FAIRTEILER oder dem Frauenhaus, konnte eine Reduktion der Lebensmittelabfälle um über 50 Prozent erreicht werden! Blieben im September 2020 bei einer Bestandsaufnahme noch über 200 kg an nicht verbrauchten Lebensmittel übrig, waren es im November 2021 nur mehr 93 kg.

Das Fazit von Ecoversum war klar. Trotz intensiver Kooperationen werden einfach Lebensmittel übrigbleiben. Eine nachhaltige Weitergabe der nicht verbrauchten Mahlzeiten wäre aber jedenfalls anzustreben. Nachdem der Transport zu den einzelnen Kooperationspartnern eine Herausforderung innerhalb des Projektes war, wäre eine nachhaltige Nutzung der nicht verbrauchten Lebensmittel an einem zentralen Standort anzustreben.

Nachdem für die Zukunft ein Neubau der Küche Graz an einem alternativen Standort geplant ist, wäre es im Sinne einer klimafreundlichen, sozialen und nachhaltigen Stadt sinnvoll, die Weitergabe und die Ausspeisung der nicht verbrauchten Mahlzeiten und Lebensmittel an diesem neuen Standort zu ermöglichen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Antrag:

Bürgermeisterin Elke Kahr möge im Sinne der im Motiventext angeführten Argumente, eine nachhaltige Weitergabe und soziale Ausspeisung der nicht verbrauchten Lebensmittel seitens der Küche Graz und den Grazer Volksschulen am neuen Standort der Küche Graz prüfen und in die Planungen aufnehmen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13.2 Parkgebührenvariante für einen Teil der P&R-Anlage in Webling, Nutzung des Parkplatzes innerhalb des Weblinger Verteilerkreises auf Grdst.Nr. 823/5, Eigentümer: ASFINAG (GR DI Georg Topf, ÖVP)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die P&R-Anlage in Webling soll nach ihrer ursprünglichen Konzeption in erster Linie Tagespendler:innen, welche die Stadt Graz aus welchen Gründen auch immer besuchen, ermöglichen, dort ihren PKW parken zu können, um anschließend das öffentliche Verkehrsmittel (derzeit Buslinie 32, in Zukunft hoffentlich auch die von Puntigam in Richtung Westen verlängerte Straßenbahnlinie 5) zur Weiterfahrt zu nutzen. Wer dort jedoch einen Parkplatz aufsuchen möchte, findet vielfach Dauerparker vor, vermehrt auch länger abgestellte Fahrzeuge, zum Teil mit ausländischem Kennzeichen und auch Firmenfahrzeuge. Die P&R-Anlage ist zu allen Tages- und Nachtzeiten beinahe zu 100 % ausgelastet, die Haltestelle für den Busfernreiseverkehr trägt außerdem zu einer Mehrbelastung durch auf längere Zeit abgestellte Fahrzeuge bei. Eine zusätzliche Parkmöglichkeit und damit Entlastung der Parksituation würde der Parkplatz innerhalb des Weblinger Verteilerkreises (Eigentümer ASFINAG) bieten, der eine Vielzahl von Parkplätzen aufweist und zudem kaum frequentiert ist. Aus den angeführten Gründen stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, einerseits eine Parkgebührenvariante (zumindest) für einen Teil der P&R-Anlage Webling zu prüfen und andererseits konkrete Gespräche mit der ASFINAG als Grundeigentümerin hinsichtlich der Nutzung des Parkplatzes innerhalb des Weblinger Verteilerkreises auf Grdst.Nr. 823/5, zu führen, und über das Ergebnis dem Ausschuss für Verkehr, Stadt- und Grünraumplanung zu berichten.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.3 Konfliktpräventionsarbeit am Kaiser-Josef-Platz
(GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Claudia Unger, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Kaiser-Josef-Platz im Herzen von Graz, ist nicht nur durch den großen und weit über die Grenzen der Stadt bekannten Produzent:innen-Markt mit regional nachhaltig erzeugten Produkten bekannt und beliebt. Er besticht auch nach der Neugestaltung als attraktive Verweilzone für unterschiedlichste Gruppierungen. Die junge urbane Skatercommunity der Stadt nutzt den Platz genauso gerne wie gesellige Runden, die die tolle vielfältige kulinarische Infrastruktur an den Gastronomieständen sehr schätzen. Natürlich ist dies für die Bewohner und direkten Anrainer des Platzes nicht immer konfliktfrei und es braucht daher eines Formats, damit alle Nutzerinnen und Nutzer ihren Anliegen Gehör verschaffen können, um den Platz in einem möglichst breiten Konsens gemeinsam zu nutzen und die Lebensqualität der Anrainer zu erhalten bzw. zu verbessern. Die Stadt Graz fördert genau für solche Zwecke eine renommierte Institution. Das Friedensbüro Graz bringt Methoden und Ansätze der Konfliktlösung in die Stadt Graz ein und entwickelt entsprechende Strategien. Es ist die richtige Einrichtung, wäre solch eine Konfliktsituation zu bearbeiten. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Das Friedensbüro der Stadt Graz möge von Bürgermeisterin Elke Kahr beauftragt werden, einen Prozess zu starten, der die unterschiedlichen Nutzergruppen des Kaiser-Josef-Platzes, wie die AnwohnerInnen, die Skatercommunity, die GastronomInnen, die MarktbesucherInnen, die Evangelische Pfarre und das Jugendzentrum dazu bringt, gemeinsam Lösungswege für ein besseres Miteinander am Platz zu suchen und eine ausgeglichene Koexistenz der Gruppen zu ermöglichen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.4 Gesamtverkehrskonzept Uni-Viertel
(GRⁱⁿ Sabine Wagner, ÖVP)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Bürgerbeteiligungsprozess zur Zinzendorfasse war für viele Bürger eine interessante Möglichkeit an einem Projekt teilzunehmen, um ihren unmittelbaren Lebensbereich mitzugestalten. Breite Information, schöne Renderings und große Versprechungen, insbesondere bezüglich der Ersatzparkflächen, überzeugten zahlreiche Anrainer, den Weg der Verkehrsberuhigung gemeinsam zu gehen. Ursprünglich war ja im Zuge der Errichtung des „Center of Physics“ auch eine Tiefgarage angedacht, die auch eine Erweiterungsmöglichkeit für Anrainer beinhaltete. Dies scheint nun in weite Ferne gerückt. Auch weitere Baumaßnahmen im Bezirk führen zu einer Verschärfung der Verkehrssituation, insbesondere der Verfügbarkeit von Parkplätzen. Der Blick nur auf die Zinzendorfasse ist daher viel zu eng und es muss das gesamte Uni-Viertel in die Planung einbezogen werden. Mit einem einstimmigen Beschluss hat der Bezirksrat Geidorf die zuständigen Stellen aufgefordert, für das gesamte Univiertel (zwischen Heinrichstraße, Glacis und Elisabethstraße) ein Gesamtverkehrskonzept zu erstellen, das Individualverkehr, Fahrradverkehr, Fußgängersituation, Parkflächen und insbesondere eine hochrangige öffentliche Verkehrsanbindung (zum Beispiel S-Bahn-Anschluss) enthalten muss. Aufgrund des landesseitig bereits angekündigten Umbaus der Heinrichstraße ist eine möglichst rasche und gewissenhafte Bearbeitung dieses einstimmigen Beschlusses dringend notwendig.

Aus diesem Grund stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

Antrag:

1. Die für Verkehr und Stadtplanung zuständige Stadtsenatsreferentin Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner wird ersucht, den einstimmig beschlossenen Antrag des Bezirkrates Geidorf möglichst rasch zu bearbeiten.
2. Die für Verkehr und Stadtplanung zuständige Stadtsenatsreferentin Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner informiert den Verkehrsausschuss regelmäßig über den aktuellen Stand und den Zeitplan der Erstellung eines Gesamtkonzeptes für das Univiertel.
3. Die für Verkehr und Stadtplanung zuständige Stadtsenatsreferentin Vizebürgermeisterin Mag.^a Judith Schwentner informiert regelmäßig den Verkehrsausschuss über die Abstimmungen, die im Zusammenhang mit dem Umbau der Heinrichstraße mit den zuständigen Stellen auf Landesebene stattgefunden haben, und stellt diese Information auch den Mitgliedern des Bezirkrates Geidorf zur Verfügung.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13.5 Kostenlose Nutzung der Stadtbibliotheken für Asylwerber:innen (GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA, Grüne)

Seit einiger Zeit gewährt die Benutzungs- und Gebührenordnung der Grazer Stadtbibliotheken ukrainischen Vertriebenen, Konventionsflüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten die kostenlose Entlehnung von Büchern und Medien. Das ist eine großartige Geste gegenüber geflüchteten Menschen, die meist über wenige finanzielle Mittel verfügen. Unsere Stadtbibliotheken bieten neben der Vielzahl an Büchern und Medien auch einen Ort, an dem man ohne Konsumzwang in Ruhe lesen und lernen kann. Das ist gerade für Menschen, die auf jeden Cent achten und sich genau überlegen müssen, ob sie sich in ein Café setzen, von großer Bedeutung. Außerdem verfügen die Stadtbibliotheken über diverse Kursbücher und Unterrichtsmaterial für

den Erwerb von Deutsch als Fremdsprache. Eine Gruppe ist bei dem kostenlosen Zugang jedoch außen vor: Asylwerber:innen, die noch auf eine Entscheidung in ihrem Asylverfahren warten, werden in der Benutzungs- und Gebührenordnung nicht erwähnt. Asylwerber:innen bekommen in der Grundversorgung, wenn sie in einer Flüchtlingsunterkunft leben, derzeit 195 Euro pro Monat Verpflegungsgeld. Sie sind von fast allen Sozialleistungen ausgeschlossen und können je nach Wohnort oftmals nicht einmal einen Deutschkurs besuchen. Wir können für die „Integration ab dem ersten Tag“ zumindest einen kleinen Beitrag leisten, wenn wir auch Asylwerber:innen die kostenlose Nutzung der Stadtbibliotheken ermöglichen. Ich stelle daher namens des Gemeinderatsklubs der Grünen folgenden

Antrag:

Der zuständige Stadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, auch Asylwerber:innen die kostenlose Nutzung der Stadtbibliotheken zu ermöglichen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.6 Umstellung der Verrechnung für Anlieferung im Ressourcenpark
(GR Manuel Lenartitsch, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Auch im neuen Ressourcenpark der Holding Graz in der Sturzgasse können Grazer:innen kostenpflichtigen Sperrmüll bzw. Reststoffe weiter zu vergünstigten Preisen entsorgen: Gab es in der Vergangenheit für Grazer Pkw mehr oder weniger unlimitierte Einfahrten um je 5 Euro mit 200 Kilogramm Sperrmüll bzw. kostenpflichtige Altstoffe und jedes Kilogramm darüber hinaus wurde mit normalen Anlieferungsgebühren verrechnet, hat nunmehr jede Grazerin, jeder Grazer über 16

Jahre die Möglichkeit, fünfmal im Jahr um je 6 Euro ebenfalls wieder 200 Kilogramm dieser Reststoffe zu entsorgen, wobei auch jetzt wieder für jedes zusätzliche Kilogramm die höheren normalen Anlieferungsgebühren verrechnet werden. Macht also in Summe pro Grazer:in im Jahr 1000 Kilogramm gebührenpflichtigen Sperrmüll um 30 Euro. Nachdem die vergünstigte Anliefermenge mit einer Tonne festgelegt ist, gibt es allerdings von Seiten mancher Bürger:innen nun die Frage, ob denn nicht eine andere Art von Verrechnung als jene über fünf Einfahrten möglich wäre. Manche würden es begrüßen, nicht warten zu müssen, um 200 Kilogramm im Keller oder im Garten gehortet zu haben, um dann eine der fünf vergünstigten Anlieferungen nutzen zu können, sie würden lieber öfter und mit kleineren Mengen fahren, dies teils auch deshalb, weil in ihren Kleinwagen gar nicht so viel Platz für oft voluminösen Sperrmüll ist. Für andere wiederum, wenn sie schon einmal beim Großentrümpeln sind, stellen sich die vergünstigten 200 Kilogramm pro Anlieferung als nicht ausreichend dar: Sie sehen sich gezwungen, entweder deutlich tiefer in die Tasche greifen und für darüberhinausgehende 50 oder 100 Kilo unverhältnismäßig mehr zahlen oder eben ein zweites Mal kommen zu müssen, was natürlich auch nicht gerade umweltschonend ist. Und besonders teuer wird es dabei dann, wenn man sich für das Entrümpeln womöglich einen Leihwagen nehmen musste.

Fazit: In Summe könnte sich eine ausschließliche Tonnageabrechnung als zweckmäßigere, bessere Lösung darstellen – 1000 Kilogramm um eben jene 30 Euro im Jahr für jede Grazerin, jeden Grazer über 16 Jahre, ohne dies mit der Zahl der Anlieferfahrten zu verknüpfen. Nachdem die Fahrzeuge bei der An- und Abfahrt ohnedies gewogen werden, sollte eine solche Gewichtsberechnung technisch machbar sein.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden ersucht zu prüfen, inwieweit eine Änderung der Bedingungen für vergünstigte Anlieferung von kostenpflichtigen

Sperrmüll und Reststoffen für Grazer:innen insofern möglich wäre, als – wie im Motivenbericht ausgeführt – eine den Bürger:innen-Interessen eher entsprechende ausschließliche Tonnageabrechnung erfolgt, also jährlich pro Kopf 1000 Kilogramm zu den derzeit 30 Euro abgeliefert werden können, unabhängig von der Zahl der Einfahrten in den Ressourcenpark.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.7 Kennzahlen Kindergärten/Kinderkrippen
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung,

liebe Kolleginnen und Kollegen!

In vielen Bereichen der Kinderbetreuung gibt es derzeit herausfordernde Aufgabenstellungen. Werden diese nicht gemeistert, geht es zu Lasten der Kinder. Ausgleichen müssen dies dann die Eltern, Erziehungsberechtigten oder Angehörigen. Oft erkennt man die Auswirkungen nicht direkt, wenn der Zusammenhang nicht deutlich erkennbar ist. Zahlen können da helfen und verschaffen oft die nötige Klarheit. Konkret soll es hier um die Faktenlage der Kinderkrippen und Kindergärten in Graz gehen.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen Kennzahlen der letzten 5 Jahre evaluieren und diese zur Verfügung stellen. Konkret geht es um die Anzahl der Kinder (Wohnsitz

in Graz und außerhalb), die halbtags oder ganztags (8 oder 10 Stunden) einen Kindergarten bzw. eine Kinderkrippe besucht haben.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.8 Verkehrssicherheitsmaßnahmen Straßenbahn-Endstation Andritz
(GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) Daniela Schlüsselberger, MBA, SPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Verkehrssituation bei der Straßenbahn-Endstation Andritz im Bereich der VS Viktor Kaplan ist speziell für Kinder überaus herausfordernd, was bereits zu zahlreichen gefährlichen Momenten und zuletzt auch tragischerweise zu einem schweren Unfall geführt hat. Dass Kinder auf dem Weg zur Schule bzw. von der Schule bisweilen weniger auf das Verkehrsgeschehen achten, ist bedauerlich, aber durchaus nachvollziehbar. Insofern wäre es dringend notwendig, hier sicherheitsfördernde Maßnahmen zu setzen, wie sie auch schon vom Bezirksrat eingefordert wurden. Entsprechende Vorschläge gibt es ja bereits: Seitens vieler Eltern wird für einen ampelgeregelten Übergang über die Schienen plädiert, wobei die Ampel idealerweise auf der Höhe der Bäckerei Sorger platziert und mit den Straßenbahnfahrten gekoppelt werden sollte; auch ein gut sichtbarer Zebrastreifen könnte zur Erhöhung der Sicherheit beitragen, ebenso ein/e zweite/r Schülerinnenlotsin/Schülerinnenlotse, die/der die Kinder beim sicheren Überqueren der Schienen unterstützt. Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz, insbesondere die Verkehrsplanung und das Straßenamt, werden gemäß Motivenbericht ersucht, alle notwendigen Schritte zu

setzen, um die derzeit vor allem für Schulkinder gefährdende Verkehrssituation im Bereich Straßenbahn-Endstation Andritz/VS Viktor Kaplan raschest zu entschärfen und verkehrssicherer zu machen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13.9 Angriff auf evangelische Kreuzkirche (KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die evangelische Kreuzkirche in Graz wurde kürzlich angegriffen, mit Rauchbomben attackiert und mit satanistischen und nationalsozialistischen Symbolen beschmiert. Laut des päpstlichen Hilfswerks „Kirche in Not“ ist das Christentum die am meisten verfolgte Religion der Welt. Über 250 Millionen Christen leben demnach in Ländern, wo es Verfolgung und Diskriminierung gibt und wo sie Bürger zweiter Klasse sind. Angriffe auf Kirchen und christliche Einrichtungen nehmen auch in Europa zu. Jetzt hat es die Kreuzkirche in Graz getroffen. Die Verfolgung von Menschen aufgrund ihres Glaubens und die Angriffe auf ihre kirchlichen Einrichtungen sind zutiefst zu verurteilen. Laut Medienberichten ist dieser Vandalismusakt längst kein Einzelfall. Im Gegenteil: Immer wieder kommt es zu ganzen Serien von Fällen. Vandalen können in den wenigsten Fällen dingfest gemacht werden, heißt es seitens der Polizei. Um ein Zeichen zu setzen, soll die Stadt Graz der Kreuzkirche bei ihren Renovierungsarbeiten finanziell zur Seite stehen. Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine finanzielle Hilfe für die Beseitigung genannter Vandalismusschäden möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.10 Bankomat Lendplatz
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

In vielen Bürgergesprächen wurden wir darauf hingewiesen, dass es seit der Schließung der Bankfiliale der Bank Austria am Lendplatz Ecke Volksgartenstraße nur mehr im nördlichen Bereich einen Bankomaten gibt. Um den nächstgelegenen Bankomaten zu erreichen, ist doch eine gewisse Wegstrecke zurückzulegen. Oft sind diese Bankomaten vor allem am Wochenende leer. In Anbetracht des florierenden Bauernmarktes, der überwiegend Barzahlung erfordert, wäre es eine Erleichterung und Aufwertung der Gegend, wenn es wieder eine Möglichkeit zur Geldbehebung in direkter Nähe gäbe. Daher sollen Lösungen ausgearbeitet und mit den potentiellen Anbietern Gespräche aufgenommen werden, um einen Bankomat am oder in direkter Nähe des Bauernmarktes zu realisieren.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann ein Bankomat laut Motiventext realisiert werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.11 Fahrverbot ausgenommen Anrainerverkehr Gärtnerstraße
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten wurde die Fischeraustraße in Richtung Gärtnerstraße zu einem beliebten Schleichweg für Pendler in Richtung Wiener Straße stadtauswärts. Dies führt zu einer enormen Belastung der Anrainer in puncto Lärm und Verkehrsaufkommen.

Durch ihre Streckenführung ist die Gärtnerstraße nicht geeignet, als Durchfahrtsstraße oder Ausweichroute befahren zu werden. Daher sollen Maßnahmen ergriffen werden, die kleinteilige Siedlung zu schützen und den Verkehr nicht durch sie hindurchzuführen. Dazu könnte ein Fahrverbot ausgenommen Anrainerverkehr dienlich sein.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Lösung für die Gärtnerstraße umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.12 Gehsteig Plabutscherstraße bis Smart City
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Durch diverse Neubauprojekte wird die Bevölkerungsanzahl rund um die Plabutscher- und Göstinger Straße rasch steigen. Von der Anbindung der Smart City durch die

Straßenbahn konnten bereits viele Gebiete und deren Bewohner profitieren. Um dieses Kreis zu erweitern, soll auch Gösting durch eine bessere und sicherere Verkehrssituation aufgewertet werden. Hierzu ist es notwendig, den Gehsteig von der Plabutscherstraße (Höhe Steinbruchweg) in Richtung Smart City über die Waagner-Biro-Straße zu erweitern. Im Zuge dessen könnte auch der Kreuzungsbereich Ecke Anton-Gerstl-Straße geregelt und sicherer gestaltet werden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die Erweiterung des Gehsteiges, wie im Motiventext dargestellt, umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.13 Geschwindigkeitsmessgerät Gärtnerstraße/Fischeraustraße
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten wurde die Fischeraustraße in Richtung Gärtnerstraße zu einem beliebten Schleichweg für Pendler in Richtung Wiener Straße stadtauswärts.

Leider kann man sehr oft beobachten, dass sich die Verkehrsteilnehmer nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten. Daher sollen Maßnahmen ergriffen werden, die auf die gefahrene Geschwindigkeit hinweisen und somit zur Verkehrsberuhigung und zur Sicherheit beitragen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann an der Fischeraustraße (Nähe Gärtnerstraße) ein Geschwindigkeitsmessgerät – wie im Motiventext erwähnt – installiert werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.14 Hochwasserschutz Gösting/Raach
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Ohne Zweifel wurde bereits viel im Bereich des Hochwasserschutzes getan und doch ist noch einiges zu tun. Das Sachprogramm Grazer Bäche ist jedenfalls notwendig, um den Überblick zu behalten und notwendige Maßnahmen zielgerichtet umzusetzen. Aufgefallen sind jedoch zwei Gebiete, die immer wieder besonders von Überschwemmungen betroffen sind und nachweislich hohe Unwetterschäden verursachen. Für den Thaler Bach sind zwar zwei Maßnahmen geplant, die sicher auch notwendig sind. Jedoch ist der Ausbau des Bachbettes auf der gesamten Länge nicht zu vernachlässigen, da es hier immer wieder an Engstellen zu Verklausungen kommt und der Bach übertritt. Die aktuellen Pläne zur Verbesserung ab Thalstraße 173 können daher nur als erster notwendiger Schritt bezeichnet werden. Ein weiteres mahnendes Beispiel ist die Raach. Hier kommt es teils zu enormen Überschwemmungen, weil das Kanalsystem das Oberflächenwasser hangseitig nicht aufnehmen kann. Hier sind zwingend Prüfungen und Maßnahmen vorzuziehen, da auch bereits kleinere Muren Abgänge im Bereich des Schlösselweges zu verzeichnen waren.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine neuerliche und somit aktuelle Evaluierung des Thaler Bachs sowie der Raach laut Motiventext möglich ist und Maßnahmen ausgearbeitet werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.15 Hochwasserschutz Thalstraße
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Ohne Zweifel wurde bereits viel im Bereich des Hochwasserschutzes getan und doch ist noch einiges zu tun. Das Sachprogramm Grazer Bäche ist jedenfalls notwendig, um den Überblick zu behalten und notwendige Maßnahmen zielgerichtet umzusetzen.

Nachdem in den letzten Jahren – überwiegend am linken Murofer – Maßnahmen umgesetzt wurden, muss sich das Augenmerk nun auf den Thaler Bach und die Raach richten. Für den Thaler Bach sind zwar zwei Maßnahmen geplant, die sicher auch notwendig sind. Die aktuellen Pläne zur Verbesserung ab Thalstraße 173 können aber nur als ersten notwendiger Schritt bezeichnet werden. Unbedingt notwendig ist die Vermeidung von Gefahren am Beginn des Baches. Dazu würde die rasche Schaffung eines Rückhaltebeckens beim Winkelbach (Fuchsloch) und der Ausbau der Einmündung in den Mühlgang sowie eine ausreichende Bachbettsanierung entlang des gesamten Bachlaufs beitragen. Die Maßnahme der Bachbettsanierung muss die gesamte Länge beinhalten. So, dass die Fließgeschwindigkeit nicht erhöht wird, jedoch

eine Tieferlegung des Bachbettes und somit die Erhöhung des Gesamtvolumens möglich ist.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann die im Motiventext beschriebenen Maßnahmen geprüft und umgesetzt werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.16 Kennzeichnung der Tempo-30-Beschränkung Gärtnerstraße/Fischeraustraße
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten wurde die Fischeraustraße in Richtung Gärtnerstraße zu einem beliebten Schleichweg für Pendler in Richtung Wiener Straße stadtauswärts. Leider wird sehr oft beobachtet, dass sich die Verkehrsteilnehmer nicht an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten. Daher sollen Maßnahmen ergriffen werden, die auf die Begrenzung hinweisen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann an erwähnter Stelle eine Tempo-30-Bodenmarkierung angebracht werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13.17 Unterführung Kapellenstraße (KO GR Mag. Alexis Pascuttini. KFG)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Kapellenstraße ist eine vielbefahrene Straße, die die Verbindung zwischen der Triester Straße und der Kärntner Straße darstellt.

Aufgrund des Verkehrsaufkommens, aber auch wegen der anliegenden Siedlungen und des Urnenfriedhofes, wäre eine Anpassung der Höchstgeschwindigkeit zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen, da die Unterführung in ihrer momentanen Ausführung ein hohes Unfallrisiko birgt. Erst kürzlich hat sich hier ein Auto überschlagen.

Die Gründe für Unfälle sind an dieser Stelle natürlich vielfältig. Jedoch zeigt sich, dass an gewissen Straßenabschnitten eine Drosselung des Tempos auf 30 km/h die Verkehrssicherheit erhöhen könnte.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann zumindest für die Unterführung „Tempo 30“ geprüft und verordnet werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13.18 Sanitäranlagen Auwiese
(GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, KFG)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Seit Bestehen der Auwiese beschäftigen diese u.a. auch dank unterschiedlicher Bürgeranliegen Grazer Behörden und Politik. Unbestreitbar ist, dass bei vielen Besuchen der Auwiesen von den Besuchern auch die Sanitäranlagen aufgesucht werden müssen.

Auch in den kälteren Monaten sind die Auwiesen gut besucht. Immer öfter wird in letzter Zeit von Verschmutzungen der WC-Anlage berichtet. Daher ist es erforderlich, diese öfter zu kontrollieren und die Reinigungszeiten anzupassen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann eine Anpassung der Reinigungszeiten der WC-Anlage möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13.19 Schulautonome Tage
(GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, KFG)

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Die Ferienzeiten im Laufe des Jahres sind für Familien mit berufstätigen Eltern eine wiederkehrende Herausforderung. Hinzu kommen schulautonome Tage, die für Familien mit mehreren Kindern an unterschiedlichen Schulen besonders herausfordernd sind, da diese zum Teil von den Schulen selbst bestimmt werden. Eine

einheitliche Regelung an Grazer Schulen würde den Familien die Planung der Kinderbetreuung erleichtern. Hierzu soll der zuständige Stadtrat mit den Verantwortlichen aller in Frage kommenden Schulen und aller betreffenden Stellen Kontakt aufnehmen und eine gemeinsame Lösung finden.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats mögen prüfen, ob und wann eine einheitliche Regelung zu den schulautonomen Tagen an Grazer Schulen umgesetzt werden kann.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.20 Verkehrsspiegel Amselgasse/Feldgasse
(GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Schleicher, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Von der Amselgasse aus kommend, ist es nur erschwert möglich, ohne Behinderung des Querverkehrs in die Feldgasse einzubiegen. Beidseitig sind die Grundstückseinfriedungen soweit ausgebaut, dass man die Feldstraße nicht einsehen kann. Zudem wird der bestehende Verkehrsspiegel regelmäßig von Transportern verstellt. Da laut Bewohnermeldungen bereits mehrmals gefährliche Situationen entstanden, soll eine Verbesserung herbeigeführt werden. Eine Verbesserung könnte eventuell sein, den Verkehrsspiegel höher zu montieren.



Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats mögen prüfen, ob und bis wann eine Erhöhung der Verkehrssicherheit laut Motiventext möglich ist.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.21 Verkehrsspiegel Payer-Weyprecht-Straße
(GRⁱⁿ Mag.ⁱⁿ Astrid Schleicher, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Von der Payer-Weyprecht-Straße aus kommend, ist es nur erschwert möglich, ohne Behinderung des Querverkehrs in die Feldgasse einzubiegen. Beidseitig sind die Grundstückseinfriedungen soweit ausgebaut, dass man die Feldstraße nicht einsehen kann. Gegenüberliegend befindet sich jedoch mittig ein Laternenmast, der sich

hervorragend für Verkehrsspiegel eignen würde und so die Verkehrssicherheit ohne optische Beeinträchtigung des Ortsbildes erhöhen könnte.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrats mögen prüfen, ob und bis wann Verkehrsspiegel in beide Richtungen wie beschrieben angebracht werden können.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.22 Sichere Korridore zu den Leuchttürmen
(GR Mag. Michael Winter, KFG)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Im Bereich der Katastrophen- und Blackout-Vorsorge haben wir bereits mehrere Initiativen eingebracht. Ein besonders wichtiges Thema ist die flächendeckende Versorgung mit Informationen und bei Bedarf mit Gütern des täglichen Bedarfs. Da ein Blackout-Ereignis nicht planbar ist und auch in den Wintermonaten eintreten kann, ist es wichtig, dass auch die Wege zu den Leuchttürmen beleuchtet werden. Hierzu sollen Möglichkeiten ausgearbeitet werden, um sogenannte sichere Korridore zu schaffen, um auch bei Dunkelheit zu den Leuchttürmen zu gelangen.

Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen im Magistrat der Stadt Graz mögen prüfen, ob und bis wann Möglichkeiten zur Schaffung von sicheren Korridoren laut Motiventext erarbeitet und umgesetzt werden können

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13.23 Antisemitismus-Bekämpfung nach Wiener Vorbild (GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)

Laut der Antisemitismusstudie 2022 sind 15 % der Befragten manifest antisemitisch eingestellt, bei 32 % konnte latenter Antisemitismus festgestellt werden. Als wesentliche Einflussfaktoren auf Antisemitismus hat die Studie den Glauben an Verschwörungsmysmen, Bildungsunterschiede und das Wissen über Jüdinnen und Juden identifiziert. Auch das Alter und die Migrationsgeschichte der befragten Personen haben teilweise Auswirkungen auf ihre antisemitischen Einstellungen.¹

Bereits im April 2021 forderten wir NEOS in Graz eine Intensivierung der Maßnahmen gegen Antisemitismus. Damals legte der „Antisemitismusbericht 2020“ offen, dass es im Jahr 2020 auch in Graz immer wieder zu antisemitischen Angriffen kam: So wurde im Februar 2020 ein Mitarbeiter der Jüdischen Kultusgemeinde mit der Bezeichnung „Scheiß Jude“ beleidigt, im darauffolgenden März ein Schüler aufgrund eines Davidstern-Ringes tätlich angegriffen und im August desselben Jahres erschütterte der Angriff gegen den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde in Graz ganz Österreich. Nachdem sich die jährlichen Antisemitismusberichte nur auf gemeldete und von Expert:innen verifizierte Übergriffe beziehen, muss leider von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Die Stadt Wien hat auf den verbreiteten Antisemitismus bereits

¹ <https://www.parlament.gv.at/fachinfos/rlw/Antisemitismus-2022/>

im Jahr 2017 reagiert und eine ständige Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Antisemitismus im Wiener Gemeinderat installiert. In dieser Arbeitsgruppe werden von allen Fraktionen gemeinsame Handlungsanweisungen gegen den grassierenden Antisemitismus gesucht und die Stadtpolitik für das Problem sensibilisiert. Eine Arbeitsgruppe in Graz, ganz nach Wiener Vorbild, wäre aus Sicht von uns NEOS ein starkes und klares Signal, dass Antisemitismus auch in unserer Stadt nichts verloren hat. Im Sinne einer toleranten und weltoffenen Stadt Graz stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat folgenden schriftlichen

Antrag:

Aufgrund des in Österreich stark verbreiteten Antisemitismus möge die Stadt Graz prüfen, eine ständige Arbeitsgruppe zum Thema Antisemitismus-Bekämpfung nach Wiener Vorbild einzurichten. Diese hat dem Gemeinderat zumindest 1x jährlich Bericht zu erstatten. Darüber hinaus wird die Stadt Graz beauftragt, Maßnahmen zu prüfen, die geeignet sind, Vorurteile abzubauen sowie die Gesellschaft zu befähigen, antisemitisches, menschenverachtendes und antidemokratisches Gedankengut zu erkennen und abzuwehren.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.24 Bürgermeisteramt auch für EU-Bürger:innen!
(GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)**

Das Wahlrecht für alle EU-Bürger:innen auf kommunaler Ebene ist eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union. Denn nichts bindet Menschen mehr an demokratische Institutionen als die Möglichkeit, eigene Vertreter:innen bestimmen zu

können. Dem aktiven Wahlrecht folgt das passive Wahlrecht. Wenn wir wollen, dass EU-Bürger:innen in die heimische Politik eingebunden werden, müssen wir ihnen auch das passive Wahlrecht zugestehen – und zwar für alle Funktionen auf Gemeindeebene. Leider sehen § 21 Abs. 1 und § 26 des Statuts der Landeshauptstadt Graz vor, dass der Bürgermeister bzw. dessen Stellvertreter die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen müssen. Das ist eine unbegründete Ungleichbehandlung nicht österreichischer EU-Bürger:innen. Diese Ungleichbehandlung ist auch unnötig, denn es gibt keine Bestimmung in der österreichischen Verfassung, welche den Bürgermeistersessel österreichischen Staatsbürger:innen vorbehält. Selbst in den einzelnen Bundesländern unterscheiden sich die diesbezüglichen Regelungen grundlegend. So können im Burgenland und in Kärnten nicht-österreichische EU-Bürger:innen nicht nur in den Gemeindevorstand gewählt, sondern auch Vizebürgermeister:in werden. In Salzburg und der Steiermark stehen nur die Funktionen der Gemeindevorstände für nicht-österreichische EU-Bürger:innen offen. In Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol dürfen nicht-österreichische EU-Bürger:innen nicht einmal in den Gemeindevorstand gewählt werden. Nur in Vorarlberg gibt es keine Bestimmungen, die die österreichische Staatsbürgerschaft als Voraussetzung für die Wahl in den Gemeindevorstand oder zum (Vize-)Bürgermeister festlegen. Der europäische Gedanke soll aber auch in die Gemeinden vordringen dürfen. Die Stadt Graz kann dafür eine Vorreiterrolle für alle Gemeinden einnehmen, die das vollständig passive Wahlrecht für EU-Bürger:innen einführt und damit die Verbundenheit zur Europäischen Union stärken. Des Weiteren würde das passive Wahlrecht dafür sorgen, dass sich EU-Bürger:innen lokal stärker engagieren und außerdem ihr Vertrauen in den österreichischen Staat erhöhen. Machen wir also als Stadt Graz als Erste den mutigen Schritt nach vorne und heißen wir unsere EU-Mitbürger:innen in unserer Mitte willkommen. Geben wir ihnen endlich das volle passive Wahlrecht!

Gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat stelle ich folgenden schriftlichen

Antrag:

Das Land Steiermark wird auf dem Petitionswege ersucht, das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 soll wie folgt geändert werden:

- In § 21 Absatz 1 wird folgender Passus gestrichen: „und die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen“
- in § 26 wird folgender Passus gestrichen: „Der Bürgermeister sowie der Bürgermeisterstellvertreter müssen die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.“

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.25 Beschilderung Parkverbot Slipanlage
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Am südlichen Ende der Murfelderstraße befindet sich die Slipanlage, welche von der Grazer Berufsfeuerwehr im Falle eines Einsatzes genutzt wird. Da hier jede Minute zählt, ist es wichtig das hier jeder Zeit eine ungehinderte Zufahrt möglich ist. Nach Rücksprache mir den direkten Anrainern aber auch der Berufsfeuerwehr wird der geschotterte Platz leider immer wieder durch parkende Fahrzeuge verstellt. Die Besitzer gehen hier teils unter der Brücke zu den Auwiesen durch, um zu spazieren. Dadurch ist kein Fahrzeuglenker beim Fahrzeug, um es im Einsatzfall aus dem Weg zu stellen, das könnte wertvolle Zeit kosten. Bei der Slipstelle Graz Mitte wurde zuletzt durch bauliche Maßnahmen eine Verbesserung erwirkt. Da dies allerdings mit einem hohen finanziellen Aufwand verbunden ist und somit die letzte Möglichkeit darstellt, stelle ich nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, eine Beschilderung des Park- und Halteverbots im Bereich der Slipstelle Murfelderstraße sicherzustellen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

**13.26 Poller Auwiesen
(GR Günter Wagner, FPÖ)**

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!

Im südlichen Teil der Eichbachgasse befindet sich eine Unterführung der Autobahn A2. Die Durchfahrt durch diese Unterführung ist grundsätzlich nur für Einsatzkräfte erlaubt. Bei einer Bürgersprechstunde im April haben Anrainer darauf aufmerksam gemacht, dass es leider immer wieder vorkommt, dass diese Durchfahrt von Unberechtigten benützt wird. Natürlich ist es angenehm, möglichst nahe an den Bereich Auwiesen mit dem PKW zuzufahren. Die Zufahrt ist zum einen jedoch nicht erlaubt und zum anderen soll diese Durchfahrt und der Bereich südlich der A2 für Einsatzkräfte frei bleiben. Daher stelle ich nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadtregierung wird aufgefordert, die Errichtung eines automatischen Pollers zu prüfen und ehestmöglich umzusetzen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 27. April 2023

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeisterin Kahr schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 23.06 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeisterin
Elke Kahr

Bürgermeisterin-Stellvertreterin
Mag.^a Judith Schwentner

Stadtrat
Manfred Eber

Schriftführer und Schriftprüferin:

Der Schriftführer:
Wolfgang Polz

Die Schriftprüferin:
GRⁱⁿ Anna Hopper

wörtliches Protokoll erstellt von: Bettina Strametz-Fuchs